

Medienmitteilung

Thema	Wahlkampf nach Thurgauer Art – Medienmitteilung zu den Regierungsratswahlen und zum Regierungssystem im Thurgau
Für Rückfragen	Robert Meyer, Co-Präsident a.i. und Kantonsrat glp, Tel. 079 521 98 41
Absender	Grünliberale Partei Kanton Thurgau E-Mail tq@grunliberale.ch Web www.tq.grunliberale.ch
Ort und Datum	Frauenfeld, den 17. Februar 2016

Sehr geehrte Damen und Herren

Die glp Thurgau, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Kanton einen Regierungsratskandidaten stellt, ist erstaunt über den im Kanton gelebten politischen Stil. Wir stellen das Verhalten der im Regierungsrat vertretenen Parteien sowie dasjenige der bisherigen und erneut kandidierenden Regierungsräte in Frage und sorgen uns um die politische Zukunft unseres Kantons.

Wir erachten als befremdlich, dass die Regierungsparteien trotz teilweise völlig konträrer Positionen und Ideologien ihre Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam gegenseitig und öffentlich - bis hin zu einem publizierten Wahlzettel - empfehlen. Die glp als Partei des Kandidaten Ueli Fisch hält das zwar allemal für legitim und stört sich deswegen auch nicht daran, denn die gegenseitige Wahlempfehlung könnte sogar kontraproduktiv sein. Die Begründung der Regierungsparteien, dass die Regierung nach Stimmenanteilen der Parteien zusammengesetzt werden soll, wird jedoch in Zweifel gezogen, denn konsequenterweise müssten sie dann eine Wahl durch das Parlament fordern (à la Bundesratswahlen).

Durch das Verständnis, dass nur die wählerstärksten Parteien im Regierungsrat vertreten sein sollen, wird jedoch indirekt das demokratische System untergraben. Denn de facto bestimmen dann Parteimitglieder an Delegiertenversammlungen mit ihren Wahlempfehlungen die Exekutivmitglieder. So wird die Parteizugehörigkeit höher gewichtet als die Fähigkeiten und Eigenschaften einer Person. Kandidatinnen und Kandidaten von Kleinparteien sind durch diese Vorgehensweise von Anfang an in einer deutlich schwächeren Position. Die Vorstellungs- und Fragerunden an den jeweiligen Delegiertenversammlungen geben ihnen aber doch die Möglichkeit sich zu präsentieren und zu überzeugen, was einige Stimmen bezeugen. Speziell und fragwürdig war unserer Meinung nach allerdings das Verhalten einer Regierungspartei, Ueli Fisch nicht einmal zum „Hearing“ einzuladen, da für sie die Unterstützung des andern Kandidaten von Anfang an feststand. Am Rande gilt es hier zu erwähnen, dass es auch der von den Regierungsparteien dominierte Gewerbeverband nicht für nötig fand, dem glp-Kandidaten die Möglichkeit zu bieten sich vorzustellen, obwohl er – im Gegensatz zum andern neuen Bewerber – ein lupenreiner Unternehmer ist.

Erstaunlich ist auch das Verhalten der wieder zur Wahl antretenden bisherigen Regierungsräte. Während ihre gemeinsame und gegenseitige Wahlempfehlung auf ihren persönlichen Wahlflyern, Plakaten und Inseraten allenfalls noch als konform erachtet werden kann (mit Hinweis auf Gemeinsamkeiten und Kontinuität in für den Kanton strategisch wichtigen Themen), ist es absolut unüblich, dass Bisherige sich für einen gemeinsamen neuen Kandidaten öffentlich bekennen indem sie diesen in der jeweiligen persönlichen Wahlwerbung ebenfalls empfehlen. Die gegenseitige Empfehlung ist als heikel einzustufen, da sie in einer fehlenden kritischen Kultur innerhalb der Exekutive mündet, weil Abhängigkeiten geschaffen werden. Dies lässt Zweifel aufkommen an der Art der zukünftigen Regierungsarbeit, weil die Mitglieder des Regierungsrates – und dies trifft in der Folge auch auf die Regierungsparteien zu - untereinander gegenseitig auf den Goodwill der anderen angewiesen sind, um nicht die gegenseitige Unterstützung zu riskieren.

Es mutet zudem seltsam an, dass die bisherigen Regierungsratsmitglieder auf die Beantwortung des Fragebogens der Online-Wahlhilfe Smartvote, die von Wählerinnen und Wählern oft zur Meinungsbildung genutzt wird, verzichtet haben mit dem Hinweis, dass aus ihrer Sicht die Beantwortung einiger Fragen zu einer Verletzung des Kollegialitätsprinzips führen könnten. Dass unsere heutigen Regierungsräte als wohl einzige Kantonsregierung ebenso nicht zur Durchsetzungsinitiative Stellung beziehen will, da diese unseren Kanton nur geringfügig betreffe, schafft auch nicht eben Vertrauen.

Aufgrund dieses Verhaltens stellt sich die glp Thurgau die Frage, ob das Prinzip der Good Governance verletzt wird. Die glp wird sich deshalb in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Leitlinien bzw. ein Code of Conduct für die Einhaltung der Good Governance ausgearbeitet werden.

Weiter ist die Partei überzeugt, dass die erwähnten Entwicklungen und Gegebenheiten zeigen, dass eine frische, unabhängige Kraft im Regierungsrat braucht. Mit Ueli Fisch bietet die glp dem Stimmvolk eine entsprechende Alternative an.